

Beschluss der Bundesvertreterversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands am 25. November 2023 in Kassel

Künstliche Intelligenz (KI) in der Kommunalverwaltung

Die Bundesvertreterversammlung nimmt das Positionspapier der AG Digitalisierung (Autor: Franz-Reinhard Habel) zustimmend zur Kenntnis und ermuntert die kommunalen Amts- und Mandatsträger sich mit dem Einsatz von KI auseinanderzusetzen und die neuen Chancen für ihre Gebietskörperschaft zu ergreifen.

1 Ausgangslage

KI-Projekte in den Kommunen werden in den nächsten Jahren deutlich zunehmen. Grund genug, sich bereits jetzt darauf vorzubereiten. Die Kommunalpolitische Vereinigung will Motivator sein und die Chancen in den Mittelpunkt stellen, ohne dabei die Risiken aus den Augen zu verlieren. Die Anwendung von Künstlicher Intelligenz (KI) hat das Potenzial, die Verwaltung grundlegend zu verändern, was Aufbau und Ablauf sowie ihre Aufgaben betrifft. Die Erwartungshaltungen sind hoch, das gilt auch für die Kompensation des Fachkräftemangels. Während die Industrie bereits länger mit KI vertraut ist, befinden sich die öffentlichen Verwaltungen noch am Anfang des datenbasierten Arbeitens. Aktuell steht hier weiterhin das Thema E-Government und damit die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse im Vordergrund. Die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse und die Verfügbarkeit von Daten sind eine Grundvoraussetzung für den Einsatz von KI. Es besteht ein hoher Handlungsbedarf in Bezug auf Datenmanagement und IT-Kompetenzen in der öffentlichen Verwaltung. Die Einführung der elektronischen Akte in den Verwaltungen, die Verknüpfung der Anforderungen aus dem OZG mit der internen Modernisierung von Prozessen ist Grundvoraussetzung für den künftigen Einsatz von KI. Dies entspricht auch den Erwartungen einer neuen Generation von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Kommunalverwaltungen. Damit diese sich entfalten können braucht es ein Changemanagement, das die Transformation ganzheitlich betrachtet. Der Einsatz von KI ist eine große Chance für neue Formen der kommunalen Daseinsvorsorge und damit für mehr Demokratie und bürgerschaftlichem Engagement. Nach dem jüngsten eGovernment Monitor 2023 wäre die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger unter bestimmten Voraussetzungen mit dem Einsatz von KI in der Verwaltung einverstanden, nur 21 Prozent sind prinzipiell dagegen. Am wichtigsten ist ihnen, dass grundsätzliche Entscheidungen weiterhin von Menschen getroffen werden. 56 Prozent der Menschen in Deutschland vermuten, dass sich die Bearbeitungszeit durch den Einsatz von KI verkürzen wird. 50 Prozent können sich vorstellen, in Zukunft über Chatbots mit der öffentlichen Verwaltung zu kommunizieren.

Kommunen verfügen über umfangreiche Datenbestände, die jedoch größtenteils analog statt digital vorliegen. Eine digitale Infrastruktur und ein umfassendes Datenmanagement sind notwendig, um das Potenzial von KI in der Verwaltung nutzen zu können. Die Verknüpfung bereits vorhandener digitaler Register aus den verschiedensten Verwaltungsebenen zählt zu den großen Herausforderungen, die jetzt schnell angegangen werden müssen. Technische und rechtliche Herausforderungen müssen überwunden werden, um die

Datenbestände für KI-Anwendungen effizient zu verwenden. Die Entwicklung kommunaler Datenplattformen ermöglicht es, Datensilos aufzubrechen, ihre Bestände zu defragmentieren und eine KI- unterstützte datenbasierte Verwaltung umzusetzen. Durch die Analyse großer Datenmengen können aktuelle Herausforderungen wie Energieoptimierung, öffentliche Sicherheit und Mobilitätsplanung effektiver bewältigt werden.

Erst wenige Kommunen haben Erfahrungen mit dem Einsatz von KI. Einige von ihnen sind mit dem KI-Tool ChatGPT in den vergangenen Monaten in Berührung gekommen. Es handelt sich hierbei um eine generative KI, die nichts anderes macht, als Wortwahrscheinlichkeiten zu berechnen und dabei sehr erfolgreich ist. Das System kann Assistenzaufgaben übernehmen, zum Beispiel aus hunderten von Dokumenten Zusammenfassungen schreiben. Allerdings gibt es bisher noch keinerlei Garantie für die inhaltliche Konsistenz und Richtigkeit der Antworten. Mit jeder neuen Version werden sich die Ergebnisse verbessern. Viele repetitive Aufgaben können automatisch ablaufen.

ChatGPT steht in diesem Papier stellvertretend für weitere KI-Tools wie Bing oder Bard. Mit diesem Tool sollen insbesondere die Funktionalitäten der KI vorgestellt werden. Die (fehlende) DSGVO-tauglichkeit ist allerdings noch eine Herausforderung. Auch hier gibt es erste Ansätze, zum Beispiel eigene Datenräume zu schaffen, die von weltweit zugänglichen Daten entkoppelt sind. Das in Baden-Württemberg ansässige Unternehmen Aleph alpha arbeitet mit dem Land Baden-Württemberg, was den Einsatz von KI in der Ministerialverwaltung betrifft, eng zusammen. Mit dem Verfahren F 13 können zum Beispiel automatisiert Kabinettsvorlagen erstellt werden. Die KI referenziert ausschließlich auf einen abgeschlossenen Datenraum der Landesverwaltung. Der Freistaat Sachsen wird das System vom Land Baden-Württemberg übernehmen. Die Erstellung einer eigenen Verwaltung-KI mit eigenen Daten ist allerdings sehr aufwendig und benötigt starke Rechenzentrumsleistungen. Das in der Staatskanzlei Baden-Württemberg angesiedelte InnoLab_Bw enthält inzwischen vermehrt Anfragen von Kommunen, F 13 auch ihnen verfügbar zu machen.

KI kann Mitarbeitende von wiederkehrenden, monotonen Aufgaben entlasten. Tausende von Daten- und Metadatenbeständen, z. B. in Excel-Tabellen, lassen sich in Sekunden auf spezifische Muster durchsuchen. Mitarbeitende haben somit mehr Zeit für die Prüfung, Entscheidung und Beratung. Bürgeranliegen können beschleunigt werden, wenn die KI bereits vor dem Termin die Vollständigkeit der Unterlagen automatisch prüft und auf fehlende Dokumente hinweist. Vorgängen, die kein Ermessen der Verwaltung benötigen, werden automatisch bearbeitet. Zum Beispiel die Berechnung von Müllgebühren, Ausstellung von Parkausweisen etc. Aber auch klare Arbeitsaufträge an ChatGPT sind möglich: „Erstelle ein Datenmodell für ein kommunales Baumkataster, das auch den Baumzustand und die Baumpflege erfasst“. KI kann eingesetzt werden zur besseren Auslastung der Infrastruktur durch die Einbeziehung von unterschiedlichen Echtzeitdaten (Großveranstaltung, ÖPNV, Ferienzeiten, Wetter, Verkehrszählungen etc.).

KI-Systeme können Fehler erkennen und somit die Qualität von Entscheidungen verbessern. Auch die Robotic Process Automation (RPA) bietet Möglichkeiten, Effizienz-Ressourcen zu heben und Sachbearbeitungen um repetitive Tätigkeiten und Routinen zu entlasten. Sie ist eine niedrigschwellige Einsatzmöglichkeit für Algorithmen und in der Folge für KI. Für die Bürger steigt der Nutzen durch computergestützte Überbrückung von Schnittstellen im Verfahrensablauf und führt somit zu schnelleren Prozessen. Der bestehende rechtliche Rahmen erlaubt für Verwaltungen derzeit Anwendungsmöglichkeiten die im Einklang mit dem § 35a VwVfG stehen. Danach kann ein Verwaltungsakt vollständig durch automatische

Einrichtungen erlassen werden, sofern dies durch Rechtsvorschrift zugelassen ist und kein Ermessen oder Beurteilungsspielraum besteht.

Auf europäischer Ebene definiert der Entwurf des EU AI Act vier Risikoklassen für KI- Anwendungen. Die Risikoklassen 1 und 2 stellen ein „minimales“ bzw. „geringes Risiko“ dar. Anwendungen dieser Kategorien lassen sich in Verwaltungen am ehesten umsetzen. Die Chancen für Kommunalverwaltungen liegen in der Beschleunigung von Genehmigungsverfahren und der Optimierung von Verwaltungsprozessen. Derzeit ist noch unklar, in welcher Risikoklasse Verwaltungsleistungen eingestuft werden. Experten gehen davon aus, dass diese vermutlich der Klasse 4 und damit der Stufe mit den höchsten Anforderungen zugeordnet werden.

2 Paradigmenwechsel in der Verwaltung

Die technischen Fortschritte im Bereich Künstlicher Intelligenz und algorithmischer Systeme haben in den letzten zwei Jahren einen signifikanten Aufschwung erlebt. Während die Industrie bereits seit längerem damit vertraut ist, begegnen Menschen im Alltag nahezu täglich Algorithmen, die Entscheidungen für sie oder zumindest eine Vorauswahl treffen. Sei es die Timeline in sozialen Medien, die Navigationsfunktion im Auto oder die Kaufempfehlungen von Online-Handelsplattformen oder bei der Auswahl von Filmen und Musik bei Streamingdiensten.

Um KI auch in der Verwaltung zu nutzen, müssen Datenbestände digital existieren und zugänglich sein. Soweit Daten digital vorhanden sind, werden diese bisher kaum für eine umfassende datenbasierte Kommunalverwaltung genutzt, sondern fristen als vorherrschend fragmentierte Daten ihr Dasein. Es fehlt bisher auch an grundlegenden Lösungen für ein übergreifendes Datenmanagement im Einklang mit der DSGVO, um das Potenzial dieser Datensilos für die Arbeit der Verwaltung und damit für das Gemeinwohl zu nutzen.

Es mangelt an einer Governance, die dezentrale Datenmanagementstrukturen ermöglicht, in technischer wie auch datenschutzrechtlicher Hinsicht. Ein tiefgreifender Kultur- und Organisationswandel ist notwendig, um mit Daten strategisch zu arbeiten. Damit einhergehend sind eine verstetigte Qualifizierungsoffensive und der Aufbau von IT-Kompetenzen in der allgemeinen Verwaltung nötig.

Die aktuelle Entwicklung hin zu städtischen Urbanen Datenplattformen stellt einen bedeutenden Fortschritt dar, um Datensilos aufzubrechen und eine KI-unterstützte datenbasierte Kommunalverwaltung zu ermöglichen. Diese Plattformen fungieren als zentrale Datenhubs, die es verschiedenen kommunalen Akteuren ermöglichen, ihre Daten effizient zu teilen, zu integrieren und zu analysieren. Durch die Zusammenführung von Informationen aus verschiedenen Bereichen wie Verkehr, Energie, Umwelt und soziale Indikatoren entstehen umfassende Datensätze, die ein ganzheitliches Bild der Kommune ermöglichen.

Durch den Einsatz von KI können diese Datenplattformen die Verwaltung dabei unterstützen, datenbasierte Entscheidungen zu treffen und effektive Strategien zur Bewältigung kommunaler Herausforderungen zu entwickeln. Die Analyse großer Datenmengen ermöglicht beispielsweise die Identifizierung von Mustern und Trends, die zu einer effizienteren Verkehrsplanung, Energieoptimierung oder Verbesserung der öffentlichen Sicherheit führen können.

3 Anwendungsmöglichkeiten in der Verwaltung

In Verwaltungen, wie beispielsweise im Kreis Regensburg, werden Chatbots seit der Corona-Pandemie verstärkt zur Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürger eingesetzt. Die Qualität eines Chatbots zeichnet sich dadurch aus, wie gut er die Absicht der Fragen aus der Eingabe ableiten kann. Das System muss aus unterschiedlichsten Eingabevarianten, seien es grammatikalisch falsche Formulierungen, Umgangssprache oder falsche Fachbegriffe die eigentliche Intention der fragenden Person erkennen. Sinnvoll ist der Einsatz in den Bereichen, in denen viele Fragen zum gleichen Thema erfolgen. Beispielhaft kann die KFZ-Zulassung, Abfallwirtschaft, Beantragung von Ausweisen, Soziale Hilfen oder die Information zu geänderten Öffnungszeiten genannt werden.

In Darmstadt gibt es eine digitale Ampelschaltung, die mit KI jegliche Bewegungen auf der Kreuzung auswertet und miteinander abgleicht, um so zu einer effizienten Steuerung des Verkehrsflusses zu kommen. In Soest und 30 weiteren Städten werden Straßenschäden mit einem Smartphone, angebracht an kommunalen Fahrzeugen des Bauhofes, während normaler Routinefahrten per Video aufgezeichnet. Anschließend werden sie mit einer KI ausgewertet und priorisiert, wo zuerst welche Reparaturen erfolgen sollten.

Im Kreis Steinfurt werden Kindergartenplätze per Algorithmus vergeben. Dazu wurde ein Kriterienkatalog erstellt. Die Erziehenden wiederum hinterlegen, welche Kita sie sich für ihr Kind wünschen. Der Algorithmus gleicht diese Informationen ab und errechnet für jede Kita, in welcher Reihenfolge eine Platzzusage erteilt werden sollte. Kita-Leitungen können von den Empfehlungen der Software abweichen und Ausnahmen vornehmen – zum Beispiel, um zu garantieren, dass Geschwisterkinder in derselben Kita untergebracht werden.

In der Stadt Essen werden mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz Bodenschäden erkannt und behoben, bevor sie an die Oberfläche treten (LIDAR und Bodenradar).

Im Landkreis Fürth läuft die Bestellung von Müllgefäßen komplett automatisch ab, nur eine Person liefert noch physisch die bestellte Tonne aus.

In Wiesbaden werden Schwimmbäder mittels KI überwacht und bei Auffälligkeiten im Wasser Alarmsignale an die Aufsicht gesendet.

4 Chancen der KI für Kommunalpolitik und -verwaltung

Für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker bietet der Nutzen von Künstlicher Intelligenz und Systemen wie ChatGPT vielfältige Möglichkeiten der Arbeitsunterstützung. Es können umfangreiche Datenbanken, Websites, Artikel und andere Informationen mit geringem Zeitaufwand durchsucht werden. Der Aufbau und die Formulierung von Anträgen im Rahmen der Gremienarbeit kann durch den Einsatz von generativen Sprachsystemen unterstützt werden. Es ist jedoch wichtig zu beachten, dass KI-Systeme wie ChatGPT Unterstützungstools sind und nicht den menschlichen Aspekt der politischen Arbeit ersetzen können. Fachexpertise, Erfahrungen und das eigene Urteilsvermögen können nicht durch Assistenzsysteme ersetzt werden. Es sind Hilfsmittel, um den ehrenamtlichen politischen Alltag in einigen Bereichen einfacher und effizienter zu gestalten.

Systeme der KI eröffnen der deutschen Verwaltung und den Behörden vielfältige Chancen, um Effizienz des Verwaltungshandelns zu steigern. Durch den Einsatz von KI-Technologien können Genehmigungsverfahren beschleunigt und Verwaltungsprozesse optimiert werden. Die Potenziale der KI liegen auch in der Datenanalyse und -vorhersage für bessere

Entscheidungsfindung und in der Verbesserung des Services für die Bürgerschaft sowie der Kommunikation.

KI wird nur dann ihre Möglichkeiten ausschöpfen können, wenn genügend Datenbestände zur Verfügung stehen. Datensilos müssen überwunden werden. Die Modernisierung der Register einschließlich des Datenschutzes ist die Voraussetzung, ganzheitlich mit Daten arbeiten zu können. Darüber hinaus sollte jede Kommune über einen Datenatlas verfügen, in dem die Existenz, Zugänglichkeit und Verknüpfung beschrieben ist.

Die Effizienz und Produktivität der Verwaltung können so erheblich gesteigert werden. Die Effizienz kann aber auch an anderer Stelle durch KI-Unterstützung verbessert werden. Genehmigungsverfahren in der Verwaltung sind oft mit langen Wartezeiten verbunden, was sowohl für Unternehmen als auch für Bürgerinnen und Bürger frustrierend sein kann. KI-Systeme können dabei helfen, diesen Prozess zu beschleunigen, indem sie automatisiert Dokumente prüfen, relevante Informationen extrahieren und Entscheidungsvorschläge generieren. Dies ermöglicht eine schnellere Bearbeitung von Anträgen und eine Reduzierung der Durchlaufzeiten. Gleichzeitig kann die Fehlerquote minimiert werden, da KI-Systeme präzise und konsistente Ergebnisse liefern.

Der Einsatz von KI wird sich zunächst auf wiederkehrende und in großer Anzahl anfallende administrative Aufgaben konzentrieren. Mitarbeitende werden von repetitiven Aufgaben wie zum Beispiel der Vollständigkeitsprüfung von Anträgen entlastet. KI wird auch die Infrastruktur, zum Beispiel den Einsatz von Baufahrzeugen oder die Aufsicht in Frei- oder Hallenbädern, weiter verbessern. Gleiches gilt für den Einsatz von Stadtbussen. Ein Teil des zu erwartenden dramatischen Fachkräftemangels wird durch den Einsatz von KI abgefangen werden können. In Zukunft wird die Arbeit von qualifizierten Fachkräften durch KI-Systeme unterstützt – nicht ersetzt. Entscheiden wird am Ende des Vorgangs ein Mensch – jedoch kann die Entscheidungsvorbereitung durch Technik unterstützt werden.

Der Einsatz von KI beschleunigt Verwaltungsvorgänge und spart damit den Bürgerinnen und Bürger Zeit bei ihren Verwaltungsangelegenheiten. Bei Vorgängen ohne Ermessensentscheidung können im Rahmen der „Dunkelverarbeitung“ Vorgänge, wie zum Beispiel die Bereitstellung von Parkausweisen oder von Müllgefäßen, komplett automatisiert ablaufen. Das bedeutet, dass u. a. das E-Paymentverfahren, die Rechnungstellung und weitere Buchungsvorgänge in Registern etc. automatisch angestoßen werden. Lediglich die Mülltonne muss noch physisch durch Mitarbeitende des Bauhofes ausgeliefert werden.

Der Einsatz von KI erfordert neue Qualifikationsanforderungen für die Mitarbeitenden. Sie müssen in der Lage sein, mit den Technologien umzugehen, Daten zu analysieren und KI-gestützte Systeme zu überwachen. Damit sind Chancen verbunden die Verwaltung zu modernisieren. Eine gezielte Weiterbildung und Umschulung der Beschäftigten sind notwendig, um sicherzustellen, dass sie den Anforderungen gerecht werden und ihre Rolle in einer zunehmend digitalisierten Verwaltung erfolgreich ausfüllen können.

5 Risiken der KI für die Verwaltung

Es besteht eine enorme Chance, dass KI sich in eine positive Richtung entwickelt und Menschen dazu befähigt, größere Fortschritte zu erzielen und die Herausforderungen unserer modernen Gesellschaft zu bewältigen. Dennoch besteht die Gefahr, dass KI über die Grenzen des Vernünftigen hinaus agiert. Ein solches Vorgehen würde die „Nutzenden“ dazu veranlassen, Innovationen in Frage zu stellen, zu verzögern oder sogar ganz aufzugeben.

Der Einzug technischer Innovationen vom Ausmaß der KI stellt traditionelle Verwaltungsabläufe und exakte Abgrenzung von einzelnen Tätigkeiten in der Linienorganisation in Frage. Das kann aber auch eine Chance zur notwendigen Modernisierung sein.

Der Einsatz von KI in der öffentlichen Verwaltung kann zu ungewollten Verzerrungen (Bias) und Diskriminierungen in Entscheidungen und Prozessen führen, insbesondere wenn die zugrunde liegenden Daten unvollständig oder voreingenommen sind. Diese Verzerrungen können sich negativ auf bestimmte Gruppen von Bürgerinnen und Bürger auswirken und die Prinzipien der Gleichbehandlung und Gerechtigkeit beeinträchtigen. Daher ist es von großer Bedeutung, bei der Entwicklung und Anwendung von KI-Systemen Maßnahmen zu ergreifen, um solche Verzerrungen zu identifizieren, zu minimieren und aktiv für eine faire und gleichberechtigte Behandlung aller Betroffenen zu sorgen. Dies erfordert eine sorgfältige Überprüfung der Datenqualität sowie die Implementierung von Mechanismen zur Überwachung und Kontrolle von KI-Entscheidungen, um Diskriminierungen zu vermeiden. Bund und Länder müssen dafür sorgen, dass eine datenschutzkonforme Anwendung auf kommunaler Ebene möglich wird.

Obwohl die Chancen von KI in der Verwaltung vielversprechend sind, gibt es auch Herausforderungen und Bedenken, die beachtet werden müssen. Datenschutz und der verantwortungsvolle Umgang mit sensiblen Daten sind von größter Bedeutung. Transparenz und Erklärbarkeit der Entscheidungen von KI-Systemen sind entscheidende Faktoren, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zu gewinnen. Es ist wichtig, dass KI-Systeme als Unterstützungsinstrumente für die Verwaltung fungieren und die finale Entscheidungsgewalt beim Menschen liegt.

Um Transparenz und Verantwortlichkeiten herzustellen ist es von großer Bedeutung, dass die Funktionsweise und die Entscheidungslogik der eingesetzten KI-Systeme transparent gemacht werden. Dies ermöglicht nachzuvollziehen, wie Entscheidungen getroffen wurden, und schafft Vertrauen in die Technologie. Darüber hinaus müssen klare Verantwortlichkeiten definiert werden, um sicherzustellen, dass bei Fehlfunktionen oder unerwünschten Folgen der KI-Systeme angemessene Maßnahmen ergriffen werden können. Es muss klar sein, wer für die Aufsicht und Kontrolle der KI-Systeme verantwortlich ist und wer im Falle von Beschwerden oder Problemen ansprechbar ist. Die Schaffung von Transparenz und klaren Verantwortlichkeiten erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung, Expertinnen und Experten für künstliche Intelligenz und anderen relevanten Beteiligten. Gemeinsam müssen klare Richtlinien und Standards entwickelt werden, um sicherzustellen, dass der Einsatz von KI in der Verwaltung ethisch und verantwortungsvoll erfolgt.

6 Forderungen an Bund, Länder und Kommunen

Ziel sollte es sein, die KI als neues Instrument zur automatisierten Bearbeitung von Verwaltungsvorgängen und zur Förderung des Gemeinwohls in Kommunen einzusetzen. Für die Kommunen bedeutet dies auch um Einsatzmöglichkeiten der KI zu kümmern, die die digitale Daseinsvorsorge im Fokus hat. Dazu zählen beispielsweise Verkehrsmanagement, Klima, Umwelt und Stadtentwicklung. Die Möglichkeiten der KI werden erst dann umfassend wirksam werden können, wenn mit der Einführung prozessuale Abläufe neu aufgesetzt werden. Konkret bedeutet das die kommunale Ebene sich wieder stärker auf ihre Kernkompetenzen im Bereich der Daseinsvorsorge zurückzubedenken und ihr Gestaltungspotenzial im Interesse der Bürgerinnen und Bürger insbesondere in Bereichen wie Bildung, bürgerschaftliche Beteiligung, Sport, Kultur und Soziales und Umwelt zu stärken. Auftragsangelegenheiten des Bundes sollten beispielsweise administrativ zentral abgewickelt werden. Die

Reduzierung von Komplexität bedeutet vor allem, dass die Aufgabenverschiebung zwischen den verschiedenen staatlichen und kommunalen Ebenen so weit wie möglich beendet werden muss. Es ist ein Umdenken erforderlich, kommunale Selbstverwaltung ist vor allem der „Service am Bürger, nicht der Service am Server“. Für alle drei Ebenen sollte beim Digitalcheck von Rechtsnormen obligatorisch mit geprüft werden, ob Prozesse mit KI automatisiert umgesetzt werden können.

Die Forderungen im Einzelnen:

Kommunen:

1. Mit dem Einsatz von KI in den Kommunen sollte eine neue Form von digitaler interkommunaler Zusammenarbeit in Shared-Service-Centern (z.B. bei den IT-Dienstleistern) begonnen werden. Das bedeutet sich zunächst selbst mit Fragen des KI-Einsatzes zu befassen und sich vorab zu informieren. Es wäre ein großer Fehler, wenn der Einsatz von KI lediglich die gegenwartsbezogenen Aufgabenstrukturen automatisieren würden. Die schon jetzt vorhandene hohe Komplexität deutschen Verwaltungshandeln würde in einem solchen Fall lediglich fortgeschrieben und zementiert. Die KI hat somit eine Hebelwirkung hin zu einer reformorientierten und den Ansprüchen einer zukunftsorientierten gerecht werdenden Verwaltung.
2. In Kommunalverwaltungen sollten KI-Anwendungen zuerst eingesetzt werden, um Effizienzsteigerungen, Verfahrensbeschleunigungen und Bürgerbeteiligungen zu optimieren.
3. Chatbots sollten in Bereichen eingesetzt werden, in denen das Frage- und Antwortspektrum zu einem Thema sinnvoll abgegrenzt werden kann. Beispielsweise in den Bereichen KFZ-Zulassung, Abfallwirtschaft, Beantragung von Ausweisen, Sozialen Hilfen oder der Information zu geänderten Öffnungszeiten. Die Qualität eines Chatbots sollte sich darin zeigen, wie gut er die Absicht der Fragen aus der Eingabe ableiten kann.
4. Kommunen wird empfohlen, KI-Systeme zuerst in den Bereichen einzusetzen, die nach innen wirken und keinen Verwaltungsakt im Sinne des § 35a VwVfG auslösen. In Anlehnung an § 35 a VwVfG haben einzelne Bundesländer eigene Regelungen für den Einsatz von KI-Systemen erstellt. Beispielhaft sind hier die Regelungen in Schleswig-Holstein.
5. Kommunen wird empfohlen, frühzeitig für den Aufbau digitaler Kompetenzen Sorge zu tragen.

Bund und Länder:

6. Die Politik sollte ein innovationsoffenes KI-Umfeld schaffen. Um den Anschluss an die internationalen Entwicklungen dieser Technologie nicht zu verlieren, sollten Bund und Länder die KI prioritär behandeln. Notwendig ist ein regulatorischer Rahmen, der auf Innovationen und Möglichkeiten ausgerichtet ist, KI sinnvoll in Verwaltungen einzusetzen. Zugleich ist eine von staatlicher Seite unterstützte Informationsoffensive notwendig, die die Beherrschbarkeit, Erklärbarkeit und Transparenz beim KI-Einsatz sicherstellt, aber auch einer „Mystifizierung“ entgegenwirkt.
7. Bund und Länder sollten ein dynamisches Verzeichnis über genutzte Algorithmen aufbauen, auf das auch die Kommunen zugreifen können und in denen u.a. Trainingsprozesse offengelegt werden. Dazu sollte eine KI-Landkarte geschaffen werden.

-
8. Bund und Länder sollten eine KI-zugängliche Dateninfrastruktur schaffen, die Silos überwinden (Cloud-Computing).
 9. Bund und Länder sollten die Erprobung von KI-Anwendungen ermöglichen.
 10. Bund und Länder sollten ihre Datenschutzregeln so anpassen, dass sie auch den Einsatz von KI mitumfassen.
 11. Die Länder sollten KI-Kompetenzzentren mit Schwerpunktaufgaben aufbauen und diese untereinander vernetzen. Die Kommunen sollten darauf zugreifen können.

7 Sofortmaßnahmen

Kommunen sollten beim Thema KI nicht abwarten, sondern aktiv handeln und die Technologie zum Wohle ihrer Bürgerschaft nutzen. Als Behörden müssen sie gleichwohl im Rahmen rechtlicher Bestimmungen agieren, diese aber auch über ihre Eigenschaft als Selbstverwaltungseinheiten gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden aktiv mitgestalten bzw. konstruktive Gestaltung einfordern. Gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden, KI-Experten und Unternehmen sollten insbesondere für kleinere und mittlere Kommunen im Rahmen einer Musterdatenstrategie ethische Richtlinien und Standards für den verantwortungsvollen Einsatz von KI in der Verwaltung erarbeitet werden.

Kommunen, in denen ein CDO, CIO oder ähnliche digitale Stabsstelle tätig ist, sollten den Einsatz von KI proaktiv angehen. Das gilt insbesondere für die 73 Smart City Modellprojekte des Bundes (MPSC).

Kleinere Kommunen sollten in ihren Ländern auf KI-Kompetenz-Center zugehen und von dort Informationen erhalten. Notwendig ist Kompetenzaufbau bei den IT-Dienstleistenden, die gerade für kleinere und mittlere Kommunen Wissen und Anwendungen bereitstellen können.

Um Erfahrungen zu sammeln, sollten Kommunen im Bereich generativer KI mit folgenden Maßnahmen beginnen:

- Automatisches Protokollieren von Besprechungen inklusive Aufgabenverfolgung
- Übersetzung von Behördendeutsch in einfache Sprache
- Aufbereitung von Entscheidungsgrundlagen, wie Zusammenfassungen von Dokumenten, die Erstellung von Anträgen/Auswertung und Zusammenfassung von Expertisen auf den jeweiligen Sachverhalt bezogen
- Dialoge mit ChatGPT führen, um weitere Argumente oder Formulierungsvorschläge zu gewinnen
- KI zur Vorab-Prüfung von Anträgen einsetzen (kann später auf den gesamten Prozess ausgedehnt werden)
- KI so weit wie möglich mit eigenen Daten trainieren